

Bethmannstr. 3 60311 Frankfurt/Main
Fon 069 212-462 60 Fax 069 212-712 80
Fon 069 212-462 Fax 069 212-712 80
Fon 069 212-712 Fax 069 212-712 Fax 069 212-712 80
Fon 069 212-712 Fax 069 212-

Jutta Ditfurth Manfred Zieran Bethmannstr. 3 60311 Frankfurt/Main privat: Tel. 069/59 92 70

Fax 069/55 03 09

e-Mail: jutta.ditfurth@t-online.de

Frankfurt/Main, 28.12.2020

- Kein Innovationsquartier, keine Günthersburghöfe in der Kalt- und Frischluftschneise für den Wetterauwind
- Erhalt der Kleingärten und des bestehenden Grünzuges mit seinem Biotop-Netz
- Die Grüne Lunge ist um den bebauten Keil in der Frischluftschneise zu erweitern

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

1.

Die Vorträge des Magistrats zum Ernst-May-Viertel – vom 22.4.2016, M 83, »Bebauungsplan Nr. 880 - Friedberger Landstraße/Südlich Wasserpark ('Innovationsquartier')« und

vom 22.4.2016, M 82 »Vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche
 Entwicklungsmaßnahme zwischen Huthpark, Hauptfriedhof und Günthersburgpark gemäß
 § 165 (4) BauGB«
 zurückzuziehen.

2.

Das Innovationsquartier bzw. die Günthersburghöfe nicht zu bauen und die Grüne Lunge am Günthersburgpark sowie die Klein- und Freizeitgärten zu erhalten. Den bebauten Keil in der Grünen Lunge, von der Rat-Beil-Straße bis zur Hungener Straße und bis zum Gewerbehof, zurückzubauen. Insbesondere auf den Rückbau aller Gebäude hinzuwirken, einschließlich der Hochhäuser, die den Wetterauwind in dieser Kalt- und Frischluftschneise auf dem Weg nach Bornheim, in das Kaltluftentstehungsgebiet »Hauptfriedhof«, Nordend und in die Innenstadt bremsen. Mittel- und langfristig soll der so zurückgebaute Keil für die Erweiterung des Grünzuges »Grüne Lunge« entsiegelt werden, um ihn für mehr Gemeinschaftsgärten zu nutzen (zur Lage des Keils siehe Anlage).

Begründung:

Die Klima- und die Coronakrise unterstreichen noch einmal, wie wichtig Freiräume in der

Stadt sind. Für die Lebensqualität in Frankfurt ist die Erhaltung, wenn nicht die Erweiterung von Kalt- und Frischluftschneisen wie der »Grünen Lunge«, der Grünzüge und Parks, sowie der Ackerflächen mit wertvollen Lößböden, wie im Frankfurter Nordwesten unabdingbar. Die Bodenversiegelung muss drastisch gesenkt werden: »Bodenschutz statt Betonschmutz«. Das Ziel der Bundesregierung bis 2050 die »Netto-Null-Versiegelung« zu erreichen, eine Flächenkreislaufwirtschaft muss sich auch in der kommunalen Planung niederschlagen.

Wohnungsbau für alle in Frankfurt sollte angesichts der dramatischen Folgen der Klimakrise und der Zerstörung von mehr als 40.000 Sozialwohnungen seit den 1990er Jahren sozial und ökologisch sein. Die kostbaren, knappen Bauflächen wie Baulücken, Umwandlung von Gewerbeflächen, vor allem von überflüssigen Büros in Home-Office-Zeiten in Wohnungen, Neubauten auf öffentlichen und privaten Grundstücken usw. dürfen nicht mehr für Luxuswohnungsbau oder Wohnungsbau für hohe Einkommen verschwendet werden. Nur dann können wir das Grün, die Biotope, die Durchlüftung von Frankfurt auch gegen Giftkonzentrationen wie Feinstaub, kurz: die Lebensqualität retten.

Wir brauchen erst einmal für die nächsten 10 Jahre alle Bauflächen für den Wohnungsbau im ersten Förderweg, d.h. 80 Prozent der Wohnungen zu einem Quadratmeterpreis von 5 Euro/qm für Arme, für die untere und für Teile der mittleren Mittelschicht sowie 20 Prozent im zweiten Förderweg mit 7 bis 8 Euro/qm für die einkommensstärkere mittlere Mittelschicht und für gemeinschaftliches Wohnen, aber nicht für den Eigentumswohnungsbau. Es muss ein Ende haben, dass die Armen und die Geringverdienenden aus der Stadt Frankfurt vertrieben werden.

Eine sozialökologische Stadtplanung muss mit allen Mitteln für ein soziales Wohnungsbauprogramm vorsorgen. Frankfurt braucht im gesamten Stadtgebiet Bebauungspläne, – auch in der City des Kapitals, die entsprechende restriktiv lenkende Vorgaben enthalten –, mehr flächendeckende Milieuschutzsatzungen und eine entsprechende Änderung der Bauleitlinien u.a.

Alle Bauplanungen sollen auch berücksichtigen, dass das Bevölkerungswachstums nach der Prognose des Hamburger Gewos-Institutes um etwa 2/3 niedriger ausfällt und Frankfurt bis 2030 nur auf 781.500 statt auf 850.000 Einwohner:innen wachsen wird.

Der kapitalistische Wohnungsmarkt in Frankfurt braucht eine rigorose sozioalökologische Regulierung, da er auf kommunaler Ebene nicht abgeschafft werden kann.

ÖkoLinX-ARL im Römer

Jutta Ditfurth Manfred Zieran

siehe Anhang

